

Eichstätter Universitätsreden

Erwin Teufel

Europa vom Bürger her denken

Erfahrungen aus der Arbeit im
europäischen Verfassungskonvent

KATHOLISCHE
UNIVERSITÄT



EICHSTÄTT
INGOLSTADT

Eichstätter Universitätsreden

Herausgegeben

im Auftrag des Senats der

Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt

von Engelbert Groß, Thomas Pittrof und

Hans-Ludwig Schmidt

Band 111

Am 18. Juni 2004
haben die 25 Staats- und Regierungschefs der
Mitgliedstaaten der Europäischen Union
sich auf eine gemeinsame Verfassung geeinigt.
Ein Konvent hatte den Textentwurf erarbeitet.
Die vorliegende Eichstätter Universitätsrede
thematisiert den Weg,
wie ihn Erwin Teufel,
Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg,
als Mitglied dieses Konvents erfahren hat.
Sie ist als Festvortrag
im Rahmen einer akademischen Feier
am Dies academicus, 12. November 2003,
gehalten worden.

Wenn ich mir überlege, worin die großen Leistungen der katholischen Kirche in Deutschland in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg liegen, dann fällt mir neben den großen Hilfswerken Adveniat, Misereor, Renovabis, neben Caritas und Missio, neben dem Großereignis der Würzburger Synode (1971 – 1975) in gleicher Reihe die Katholische Universität Eichstätt-Ingolstadt ein. Ich halte es für eine ganz große Leistung der bayerischen Bischöfe; ich sage das mit aller Anerkennung. Es ist eine singuläre Leistung und diese Universität hat sich in kurzer Zeit einen Namen gemacht in nationalen und internationalen Rankings. Ich verfolge ihre Arbeit aus der Ferne mit großer Aufmerksamkeit. Natürlich bin ich genauso wie die bayerische Staatsregierung den Hochschulen verbunden. Nicht nur, weil ich glaube, dass die Zukunftschancen der jungen Generation wirklich von unseren Schulen und Hochschulen, von Bildung, Qualifizierung und Ausbildung abhängen, sondern auch die Wettbewerbsfähigkeit jedes einzelnen Unternehmens und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Länder. Heute haben Sie mir ein anderes Thema gestellt, nämlich Europa. Und ich möchte gerne dazu sprechen.

Grunderfahrungen auf dem Weg nach Europa

Es sind vermutlich die gleichen Grunderfahrungen, die Sie genauso prägen wie mich, wenn wir an Europa denken. Das erste „Europa“, an das wir denken, ist das einer Friedensgemeinschaft. Spät genug haben die Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg eine grundlegend andere Orientierung ihrer Politik vorgenommen, nämlich eine Westorientierung der deutschen Politik. Dies war nicht nur eine Orientierung, geographisch, nach Westen, sondern es war eine Orientierung hin zu den freiheitlichen Demokratien und zur freiheitlichen Verfassungsgeschichte des Westens. Zum ersten Mal wussten wir, wohin wir gehören. Und zum ersten Mal wussten unsere Nachbarn, woran sie mit den Deutschen waren. Vorher haben wir alle zwanzig, dreißig Jahre in deutsch-französischen Kriegen,

in europäischen Bürgerkriegen, die zu Weltkriegen geworden sind, all das wieder zerschlagen, was vorher mühselig aufgebaut worden war. Jetzt haben wir die längste Phase des Friedens in der deutschen Geschichte. Es wächst in unserem Land eine dritte Generation heran, die keinen Krieg erlebt hat. Hätten diejenigen, die nach 1945 Verantwortung getragen haben, nichts anderes zu Stande gebracht, als die längste Periode des Friedens in der deutschen Geschichte zu schaffen, hätten sie allein dafür unseren ganzen Dank und unsere ganze Anerkennung verdient. Ich denke an die Aussöhnung mit Frankreich und die Aussöhnung mit all unseren Nachbarn, den ehemaligen Kriegsgegnern von gestern. Es waren die Römischen Verträge im Jahr 1957, in denen sich Westeuropa zusammengeschlossen hat. Und ich sage es ganz bewusst: es war auch das atlantische Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir sollten uns auch daran erinnern, wenn derzeit politisch und in den Feuilletonspalten deutscher Zeitungen versucht wird, Europa gegen die Vereinigten Staaten von Amerika zu definieren. Ich würde das für einen großen Fehler halten. Weil ich will, dass das 21. Jahrhundert so aussieht, wie die zweite Hälfte und nicht wie die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, bin ich leidenschaftlich für Europa. Das europäische Projekt darf nicht scheitern. Die zweite Grunderfahrung: Dreißig Jahre lang sind bei den monatlichen Befragungen über die Akzeptanz Europas, die in allen Mitgliedsländern stattfinden, in Deutschland die Zustimmungsquoten zwischen 70 und 80 Prozent gewesen. Seit zehn Jahren liegen sie bei 45, 47, 48 %. Das heißt, wir hätten in einem Referendum alle Mühe, über die 50 Prozent zu kommen, wie das in Frankreich der Fall war oder auch in anderen Ländern, z.B. Irland, Dänemark, wo man in wichtigen Referenden unter 50 % geblieben ist. Woher kommt das, wo sich doch alle Deutschen durch Einsicht und dem Gefühl nach zu Europa bekennen und obwohl sich alle demokratischen Parteien in Deutschland in keiner Frage so einig sind wie in europäischen Fragen? Ich glaube, es kommt daher, dass die Bürger Europa als unübersichtlich empfinden, dass sie das Brüsseler

Europa als zentralistisch empfinden, dass sie sich alltäglich ärgern und keine Übersicht mehr haben. Der Handwerksmeister hat keine Übersicht mehr über die Quisquilien des Alltags, die durch europäische Normen vorgeschrieben werden. Der Bauer hat Mühe, Anträge und Verwendungsnachweise auszufüllen und er sitzt bald mehr vor dem PC, als er auf den Acker gehen kann. Der Bürgermeister ist darüber verärgert, dass zwar das Wasserschutzgebiet und das Naturschutzgebiet vom Landratsamt festgesetzt werden, aber ein Vogelschutzgebiet parzellenscharf für jede einzelne Gemeinde in Brüssel festgesetzt wird. So könnte jeder Berufsstand wirklich viele Beispiele bringen, wo man sich darüber ärgert, dass Dinge in Brüssel geregelt werden, die man effizienter, billiger, problemnäher und bürgernäher auf der Ebene einer Stadt, eines Kreises, eines Landes oder eines Mitgliedstaates der Europäischen Union ansiedeln könnte. Europa hat eine Fehlentwicklung genommen, auf die ich gleich noch zu sprechen kommen möchte. Europa muss von unten nach oben gebaut werden und darf nicht den Bürgern von oben über den Kopf gestülpt werden. Und die dritte Erfahrung: Nach der großen Zeitenwende des Jahres 1989 haben wir die einmalige Chance, dieses Europa, das sich nach Süden, nach Westen und nach Norden entwickelt hat zu einer Gemeinschaft von fünfzehn Staaten, nun nach Osteuropa und nach Südosteuropa zu erweitern. Zehn auf einmal, das hat es noch nie gegeben. Ich vergesse nicht, was mir der erste frei gewählte ungarische Ministerpräsident Jozsef Antal vor nunmehr fast zwölf Jahren in Budapest gesagt hat. Er sagte: „Wir kehren nicht zurück nach Europa. Wir haben uns eigentlich gar nie von Europa verabschiedet. Wir sind gewaltsam durch die sowjetische Hegemonialmacht ferngehalten worden, uns Europa anzuschließen.“ Seit 1989 haben wir den sehnlichen Wunsch aller unserer Nachbarn von den baltischen Staaten über Polen und Ungarn bis Slowenien, Mitglied der Europäischen Union zu werden. In unseren Zeitungen hat man zum Teil gesagt, es dauere viel zu lange und die Menschen in Osteuropa seien bereits ihres Beitrittswunsches überdrüssig.